

Jeden Montag gehen in Deutschland Zehntausende gegen die Coronaregeln auf die Straßen. Der Ton wird immer rauer.

PIRNA. Jan-Oliver Zwerg hält eine Kerze in der Hand. Es wirkt fast anrächtig, wie der 56-jährige damit über den Marktplatz von Pirna geht. Doch sächsische Polizeibeamte haben den Mann fest im Blick. Denn er ist Landtagsabgeordneter der sächsischen AfD und das prominenteste Gesicht des stillen Protests gegen die Coronamaßnahmen.

Vor der Rathästür in Pirna, einer Stadt mit rund 39.000 Einwohnern, in der Sächsischen Schweiz, flackern hereinziehende Kerzen in der dunklen Nacht. Von Weitem könnte man meinen, jemand hätte einen Altar aufgebaut. Doch für wen oder was?

„Wir fordern von der Landesregierung die sofortige Aufhebung des Versammlungsverbots“, sagt AfD-Politiker Jan-Oliver Zwerg. Er hält die Coronamaßnahmen für übertrieben. Sie seien zu starke Eingriffe in die Freiheitsrechte. Mit jeder Kerze wollen die Abgeordneten ein Zeichen für die Freiheit setzen.

Versammlungen von mehr als zehn Personen sind in Sachsen momentan aufgrund der Coronabeschränkungen verboten. Die Rechtspopulisten der Alternative für Deutschland (AfD) umgehen aber dieses Verbot, indem sie fünf Kleingruppen zu jeweils zehn Teilnehmern bilden. Und die Polizei – sie duldet den angemeldeten Protest.

André Liebscher beobachtet die Coronademonstration am Rand des Marktplatzes. „Die AfD versucht, aus dem Unmut der Menschen und der Coronaökonomie politisches Kapital zu schlagen“, sagt der parteilose Stadtrat von Pirna und schüttet den Kopf. „Mit vielen von denen kann man nicht reden. Sie wollen gar nicht zuhören.“

Seit Wochen gehen jeden Montag Zehntausende Menschen in Deutschland auf die Straße, um gegen die Coronamaßnahmen und die geplante Impfpflicht zu demonstrieren. Zulauf finden die Proteste vor allem im Osten des Landes, wie hier im sächsischen Pirna, nur



ten auf die Polizei ein. Die Stimmung ist aggressiv.

Es wird noch ein langer Abend, bis die Demonstration aufgelöst wird. In der Eisekälte nimmt die Polizei die Identitäten von 260 Teilnehmerinnen und Teilnehmern auf. Ihnen drohen aufgrund des nicht genehmigten Protests Strafen bis zu 250 Euro.

Die Polizei, die mit mehreren Hundert Beamten in Pirna war, zieht eine durchwachsene Bilanz des Einsatzes. „Die Stimmung war angespannt“, sagt Marco Laske, Sprecher der sächsischen Landespolizei. Polizisten wurden aber nicht verletzt, auch wenn gegen einen 38-Jährigen Anzeige wegen eines „tätilichen Angriffs gegen Vollstreckungsbeamte“ gestellt worden ist. Ob es aufseiten der Coronagegner Verletzte gab, darüber liegen ihm keine Angaben vor. „Die Demonstranten melden sich ja nicht bei uns, weil sie anonym bleiben wollen“, sagt Laske.

Der Polizeisprecher beobachtet eine zunehmende Radikalisierung der Coronademonstranten: „Die Proteste werden immer stärker von gewaltbereiten Rechtsextremisten unterwandert, die vor Gewalt gegen Polizeibeamte nicht zurückshrecken.“

In Zentrum der historischen Altstadt von Pirna ist es mittlerweile ruhig geworden. Ein Mann läuft über den Marktplatz, wie ein Schauspieler auf der Bühne rezitiert er das deutsche Grundgesetz, Artikel um Artikel. „Es Würde des Menschen ist unantastbar“, ruft er in die Pirnaer Nacht. Ein älterer Herr mit seinem Fahrrad fährt an ihm vorbei und sagt: „Steckt den in die Klappe!“

Stratrat Liebscher ist auch noch hier, er ist in ein Gespräch mit einem Familienleben verwickeilt; den die Maßnahmen vor allem mit Blick auf seine Kinder besorgen. Liebscher glaubt zu wissen, warum die Menschen gerade im Osten Deutschlands so kritisch gegenüber den staatlichen Maßnahmen sind und warum mit 61,7 Prozent Sachsen die niedrigste Impfquote von allen Bundesländern vorzuweisen hat. Die Erfahrungen in der DDR, der Zusammenbruch eines Systems geführt, dass viele hier „skeptisch den Obrigkeiten gegenüber“ eingesetzt seien. Und der Stadtrat resümiert: „Die AfD hat ganze Arbeit geleistet, um dieses Misstrauen weiter zu schüren.“

„Die AfD hat ganze Arbeit geleistet“

39 Kilometer von der tschechischen Grenze entfernt.

Allein am vergangenen Montag gingen laut der deutschen Innenministerin Nancy Faeser (SPD) bundesweit rund 188.000 Menschen auf die Straße. Immer noch eine Minderheit in einem Land mit mehr als 83 Millionen Einwohnern. Doch zuletzt sind die Teilnehmerzahlen bei den Protesten stark gestiegen.

Christoph Reichmuth berichtet für die SN aus Deutschland

Der deutsche Verfassungsschutz warnt dar, dass die Proteste zunehmend von gewaltbereiten Rechtsextremisten unterwandert werden. Immer wieder kommt es zu Angriffen auf Polizeibeamte. In Chatgruppen des Nachrichtendienstes Telegram rufen Extremisten dar dazu, auf Politikerinnen und Politiker zu ermorden. Mitte Dezember nahm die Polizei sechs Verdächtige fest, die in einer solchen Chatgruppe gedroht hatten, den

sächsischen Ministerpräsidenten Michael Kretschmer zu ermorden. Und sie meinten es ernst. Bei den Haudurchsuchungen fand das Landeskriminalamt in Dresden Armbrüste und andere Waffen.

Rechtsextremisten stellen die größte Gefahr für die Demokratie in Deutschland dar, sagte kürzlich Innenministerin Faeser. „Wir werden alles daran setzen, Radikalisierung zu stoppen, rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen und Extremisten konsequent die Waffe zu entziehen“, kündigte sie an.

Kerzen vor dem Rathaus, rund 50 Männer und Frauen auf dem Marktplatz: In Pirna scheint zunächst alles friedlich.

Doch plötzlich fangen Sirenen an zu heulen, Polizeibeamte rücken vom Marktplatz ab. Sie werden wütend gebraucht.

Nur wenige Hundert Meter entfernt hat sich ein Protestzug mit rund 500 Teilnehmern gebildet. Ein klarer Verstoß gegen das Versammlungsverbot. Weit kommt der Protestzug nicht, die Polizei kesselt die Menschen ein. Die Coronademon-

tranten pfeifen lautstark, manche rufen „Volksverräter“. Neonazis sind auf den ersten Blick nicht zu sehen. In der Menge befinden sich viele junge Leute, Menschen, die eher gutbürgerlich als gewaltbereit aussehen.

„Darf man denn nicht mehr in der eigenen Heimatstadt spazieren?“, sagt eine Frau und gibt sich unschuldig. „Die sperren uns eins wie Hausschweine!“, echauffiert sich ein Mann um die 40, „Freiheit, Freiheit“, skandieren einige. Für viele Jüngere, so scheint es, ist die Einkesselung eine Art Abenteuer – in einer sonst ereignislosen Zeit.

Eine 52-jährige schwadroniert: „Corona ist eine Erfahrung der Mächtigen!“ Die Menschen sterben nicht an einem Virus, sondern an der Impfung.“ Wenn die deutsche Regierung eine Impfpflicht beschließt, siehe sie sich wieder, sagt die Frau. In etwa 15 Demonstranten versuchen, die Polizeikette zu durchbrechen. Wie sich später herausstellen wird, gehören sie alle der rechtsextremen Szene an. In Schwarz gekleidet, brüllen die Rechtsextremis-

ten gegen die Polizei und rufen: „Geh weg! Geh weg!“



Ein paar Stunden in der Bar. BILD/SNAP

nen geben es in den Niederlanden trotzdem. Diese Tendenz sei etwa seit 2008 zu beobachten, sagt von Stekelenburg. Ein Grund dafür seien die neuen Organisationsformen über Social Media. „Früher mobilisierten die Organisatoren ihre Inter-

essengemeinschaft, sie machten ihre Banner und eine relativ homogene Gruppe trug die Anliegen auf die Straße“, erklärt die Professorin. Heute könne jede zum Organisator von Protesten werden und binnen eines Tages eine große Gruppe mobilisieren. Diese sei viel heterogener, die Motive der Demonstranten viel unterschiedlicher als bei einer „von oben“ organisierten Demonstration. „Von unten organisierte Proteste ziehen eher Leute an, die denken, sie könnten mit ihrer individuellen Wut und ihren individuellen Forderungen unter die allgemeine Forderung des Protests hineinpassen.“ Das sehe man auch bei den Demonstrations gegen Coronamaßnahmen.

Einen Anstieg an Demonstratio-

KURZ GEMELDET

Covax-Initiative lieferte milliardste Impfdosis

Das internationale Programm Covax hat die Milliardenmarke bei der Auslieferung von Corona-Impfstoffen geschafft. Covax beliefert vor allem die 92 ärtesten Länder, die kein Geld für den Kauf von Impfstoff haben, sowie solche mit mittlerem Einkommen. Insgesamt bekommen bislang 144 Länder über Covax Impfstoffe. Trotzdem gibt es noch 36 Länder, vor allem in Afrika, die erst weniger als zehn Prozent ihrer Bevölkerung geimpft haben.

Impfzertifikat läuft bei 500.000 Franzosen aus

Paris. Seit dem Wochenende gilt die Coronaimpfung im französischen Gesundheitspass nur mehr für sieben Monate. Eine halbe Million Bürger brauchen die Boosterimpfung für ein gültiges Zertifikat.

Niederländische Wirte trotzten dem Lockdown

Als Form des friedlichen Protests öffneten die Gastronomen für einige Stunden.

STEPHANIE PACK-HOMOLKA

AMSTERDAM, WIEN. Nach fast vier Wochen strengem Lockdown hatte die niederländische Regierung am Freitag die Coronamaßnahmen teilweise gelockert. Geschäfte und Dienstleister dürfen wieder aufspielen, aber nicht die Gastronomie. Aus Protest öffneten viele Betreiber am Samstag dennoch ihre Pforten für wenige Stunden. Die Aktion war einmalig und hatte die Zustimmung der Gemeindeverwaltung.

Generell sind die Niederländer nicht als Land großer Proteste bekannt – auch wenn die Bilder von Coronademonstrationen und anschließenden Krawallen zuletzt ein anderes Bild vermittelten. „Diese Gruppe, die wir bei Demonstration-

SN, dpa